

***Abschlussbericht über eine Befragung der
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)
bei Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen***

gefördert von der

Hans **Böckler**
Stiftung 

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
1. Ziel der Untersuchung und Forschungsdesign	3
2. Durchführung der Erhebung, Rücklaufquote und Umfang der Stichprobe	4
3. Struktur der befragten Gruppen	6
3.1. Regionale Verteilung	6
3.2. Organisationsweise	9
3.3. Arbeitsschwerpunkte	9
3.4. Gründungszeitraum	11
3.5. Zuordnung/ Trägerschaft	13
3.6. Aktionsradius	14
3.7. Aktivitäten	15
3.8. Andere Initiativen	18
3.9. Problemfelder der Initiativen	18
3.10. Was könnte helfen, was braucht ihr oder wünscht ihr euch für eure Arbeit?	20
4. Bewertung der Arbeit der KOS	23
4.1. Zeitschrift A-Info	23
4.2. Internet-Auftritt	24
4.3. Arbeitstagungen	25
4.4. KOS als Informations- und Auskunftsstelle	26
4.5. ALG-1-Ratgeber	27
4.6. Info-Flyer	28
4.7. Leistungsrechner	29
4.8. Politische Falblätter	30
4.9. Was soll in Zukunft zusätzlich angeboten werden?	30
5. Fazit	31

1. Ziel der Untersuchung und Forschungsdesign

Die KOS hat im Herbst 2018 einen Fragebogen entwickelt. Dieser sollte zur Erhebung von Daten bei Kooperationspartnern dienen, die in unserer Datenbank oder im Adressverzeichnis auf unserer Homepage als Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen erfasst sind. Wobei in unserem Adressverzeichnis auf der Homepage alle Gruppen und einige Einzelpersonen lokal geordnet verzeichnet sind, die Beratung für Erwerbslose und Menschen mit niedrigem Einkommen anbieten und sich dazu bereit erklärt haben, öffentlich in unserem Adressverzeichnis aufgeführt zu werden. In unserer Datenbank haben wir darüber hinaus weitere Gruppen erfasst, mit denen wir zusammenarbeiten oder mit denen wir irgendwann Kontakt aufgenommen haben.

Mit der schriftlichen Befragung sollten zeitgleich mehrere Ziele verfolgt werden: Zunächst ging es uns ganz pragmatisch darum, unsere Datenbank und das Adressverzeichnis von Beratungseinrichtungen auf unserer Homepage zu aktualisieren und auf den neuesten Stand zu bringen. Sodann wollten wir auch mehr über die Arbeitsschwerpunkte, die Trägerstruktur und die Bedürfnisse unserer Kooperationspartner – vielfach Gewerkschaftsgliederungen, kirchliche oder karitative Institutionen und gewerkschaftsnahe eingetragene Vereine – erfahren. Darüber hinaus wollten wir aber auch ein Feedback über die eigenen Angebote bekommen und dabei auch mögliche Verbesserungsvorschläge erfragen.

Der von der KOS entwickelte Fragebogen enthält insgesamt zehn Hauptfragen und zwei Zusatzfragen. Die Fragen umfassen zunächst Name, Anschrift und Kontaktdaten der angeschriebenen Initiative. Des Weiteren wird nach der Organisationsweise, den Arbeitsschwerpunkten, der Trägerschaft, dem Aktionsradius, der Vernetzung mit anderen Initiativen und den konkreten Aktivitäten der befragten Initiativen gefragt. Ebenso stellt der Fragebogen aber auch Fragen danach, wo die Initiativen die wichtigsten Problemfelder für ihre Arbeit sehen, was ihnen bei ihrer Arbeit helfen würde, wie sie die konkreten Angebote der KOS beurteilen und was sie darüber hinaus für Wünsche an die KOS richten. Zu den gestellten Fragen gibt es in der Regel mehrere ankreuzbare Antwortmöglichkeiten. Ergänzend dazu enthält er aber auch drei offene Fragen.

Der Fragebogen haben wir an zehn ausgesuchte Vertreter*innen von Kooperationspartnern ausgehändigt, um im Rahmen eines Pretests die Verständlichkeit und Sinnhaftigkeit der Fragen aus der Erhebung ausprobieren zu können. Anhand der eingegangenen Antworten haben wir den Fragebogen anschließend noch einmal überarbeitet und verfeinert. Der daraus gewonnene verbesserte Fragebogen (s. Anhang 1) wurde dann während der weiteren Erhebung standardisiert verwendet.

Die eigentliche schriftliche Befragung haben wir dann in mehreren Wellen durchgeführt (erste Welle: April 2019; zweite Welle: Juni 2019; eine zunächst nicht vorgesehene dritte

Welle schloss sich daran im Oktober 2019 an¹). Die eingegangenen Antworten wurden bis zum Stichdatum 31.01.2020 berücksichtigt. Später ist allerdings auch nur noch ein ausgefüllter Fragebogen eingegangen (Stand 24.3.2020). Insgesamt konnten so fast alle eingegangenen Fragebögen auch in die Erhebung mit aufgenommen werden.

2. Durchführung der Erhebung und Umfang der Stichprobe

Die Umfrage haben wir folgendermaßen durchgeführt:

In der ersten Welle im April 2019 verschickten wir den Fragebogen samt eines Begleitschreibens per Post an insgesamt 746 Gruppen oder Beratungseinrichtungen. Insgesamt 143 der Angeschriebenen schickten ihn ausgefüllt zurück. Weitere 130 Schreiben kamen als „unzustellbar“ zurück. Die ausgefüllten Fragebögen wurden sodann in Bezug auf Adresse und Kontaktdaten ausgewertet. Die als unzustellbar zurückgegangenen Schreiben lösten zudem eine Internetrecherche über den Verbleib der jeweiligen Einrichtung oder Gruppe aus. Wenn wir dadurch eine neue Adresse gefunden haben, haben wir dorthin wiederum einen Fragebogen verschickt.

Insgesamt führte das dazu, dass 86 Einträge in der Adressdatenbank geändert wurden. 53 Einträge wurden gelöscht. Dies, weil sich Gruppen oder Einrichtungen aufgelöst hatten, nicht mehr auffindbar waren oder weil diese Einrichtungen mittlerweile gar nicht mehr im von uns weit gefassten Feld Erwerbslosenpolitik aktiv waren.

Daran anschließend haben wir in der zweiten Welle der Erhebung im Juni 2019 insgesamt 373 Einrichtungen und Gruppen per E-Mail angeschrieben, die uns beim ersten Mal nicht geantwortet hatten². Weitere 179 Schreiben gingen noch einmal per Post heraus, weil uns von den Empfängern keine Mailadresse bekannt war. Diesmal kamen 82 ausgefüllte Antworten per Mail oder per Brief. Erneut waren jedoch 30 Briefe „unzustellbar“.

Wir haben das zum Anlass für 55 Änderungen in der Adressdatenbank genommen. In einem Fall konnte außerdem eine offene Frage zur Mitgliedschaft im Verein geklärt werden, so dass die betroffene gewerkschaftliche Einrichtung nun den Mitgliedsbeitrag zahlt. Weitere 12 Adressen mussten wir löschen.

Im Oktober 2019 begann dann die dritte Welle der Erhebung. Diesmal haben wir 327 Einrichtungen und Gruppen per Mail angeschrieben. Weitere 137 Kontakte gingen erneut per Post heraus, weil uns von den Empfängern keine Mailadresse bekannt war.

¹ Die Verantwortlichen bei der KOS entschlossen sich zu einer dritten Welle, weil ihnen die Rücklaufquote bis dahin zu gering war und weil sich schon während der Erhebung herausstellte, dass die Aktion zumindest in Bezug auf die Aktualisierung der Adressdatenbank ein voller Erfolg war.

² Diese Zahl umfasst auch die in der ersten Welle erfolglos kontaktierten Einrichtungen und Gruppen, bei denen die Post als unzustellbar zurückgekommen ist, wo aber dadurch ausgelöste Recherchen zu einer aktuell geänderten Post- oder Mailadresse führten.

Diesmal antworteten 20 der Angeschriebenen. Nochmals kamen 14 per Post oder per Mail verschickte Fragebögen als unzustellbar zurück zu uns. Die weitere Auswertung führte dazu, dass wir insgesamt 11 Adressen gelöscht haben. Bei 16 Datensätzen ergaben sich Änderungen bezüglich Adresse, Kontaktdaten, Name, o. ä.

Insgesamt war die Befragung in Bezug auf die Aktualisierung der Adressdatenbank ein großer Erfolg. 157 Einträge in der Adressdatenbank – 21,0% der Ausgangsdaten zu Beginn der Erhebung – konnten wir aufgrund der aktuellen Daten aus der Befragung ändern. Insgesamt 19 vorher nicht bekannte Adressen konnten wir neu in die Datenbank aufnehmen (Stand 10.3.2020). Insgesamt 76 Einträge (10,2% der Ausgangseinträge) konnten wir als nicht mehr existent bzw. inzwischen nicht mehr relevant für unsere Arbeit identifizieren.

Bis zum 31.1.2020 hat es insgesamt 244 Rückantworten gegeben – **dies entspricht einer Netto-Rücklaufquote von 32,7%³**. Das ist ein guter Wert. Zur Einordnung: Eine Rücklaufquote von 15% würde beispielsweise in der Marktforschung bei schriftlichen Befragungen, die sich an eine nicht näher definierte Adressatengruppe richten, schon als ein bemerkenswert guter Wert gelten. Sofern es sich aber um einen eingeschränkten Kreis von Befragten handelt, beispielsweise bei der Befragung von Einzelpersonen innerhalb einer Organisation, so ist grundsätzlich ein höherer Rücklauf zu erwarten. Auch dieser hängt allerdings von vielen Faktoren ab, u. a. der Komplexität der Befragung, des zur Beantwortung durchschnittlich aufzuwendenden Zeitaufwands und des Vertrauens, das dem Veranstalter der Umfrage entgegengebracht wird. Außerdem kann man den Rücklauf durch verschiedene Maßnahmen steigern, z. B. dadurch, dass auch online geantwortet werden kann – das konnte die KOS schon aus organisatorischen Gründen leider nicht anbieten.

Die Größe der Grundgesamtheit der auswertbaren Antworten beträgt somit 244 (**n= 244**).

³ Eine ansatzweise vergleichbare Studie der Universität Münster im Wintersemester 2007/2008 zu den Studienbedingungen und dem Ausbildungserfolg von Absolventen des Jahrgangs 2006 der Uni Münster kam z. B. zu einem vergleichbaren Wert (https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/wwu/rektorat/absolventen/methodenbericht_muenster_2007.pdf).

3. Zur Struktur der befragten Gruppen: Räumliche Verteilung, Gründungszeitraum, Arbeitsschwerpunkte, Trägerschaft usw.

3.1. Auswertung nach der regionalen Verteilung

3.1.1 Bundesländer

Baden-Württemberg	21 (8,6%);	<i>NICHT: Tübingen; Reutlingen; Pforzheim</i>
Bayern:	22 (9,0%);	3x München; 3x Nürnberg.; Augsburg.; Würzburg. <i>NICHT: Fürth; Erlangen; Regensburg; Ingolstadt.</i>
Rheinland-Pfalz:	7 (2,9%);	2 x Koblenz; Kaiserslautern; Kleinstädte. <i>NICHT: Mainz; Ludwigshafen</i>
Saarland:	1 (0,4 %);	Neunkirchen. <i>NICHT: Saarbrücken; Völklingen.</i>
Hessen:	11 (4,5%);	3 x Frankfurt/M; Kassel; Darmstadt. <i>NICHT: Wiesbaden; Offenbach.</i>
Süden gesamt:	62 (25,4%).	
Nordrhein-Westfalen:	78 (31,7%);	viele Großstädte (K; D; E; DU; DO; u. a.) - <i>NICHT: Leverkusen; Remscheid; Recklinghausen; Bergisch-Gladbach.</i>
Westen gesamt:	78 (31,7%).	
Schleswig-Holstein	6 (2,4%);	Kiel; Lübeck; Neumünster; u.a. - <i>NICHT: Flensburg.</i>
Hamburg	10 (4,1%);	
Bremen	10 (4,1%);	
Niedersachsen	22 (8,9%);	5x Hannover; Osnabrück; Oldenburg; Hildesheim; Wolfsburg, u.a. - <i>NICHT: Braunschweig</i>
Norden gesamt:	48 (19,5%).	

Mecklenburg-Vorpommern:	5 (2,0%);	Rostock; Schwerin; 3 Kleinstädte
Brandenburg:	12 (4,9%);	Cottbus; 11 Mittel- und Kleinstädte - <i>NICHT: Potsdam.</i>
Berlin	11 (4,5%);	
Sachsen-Anhalt	2 (0,8%);	Halle; Magdeburg.
Thüringen	7 (2,9%);	Erfurt; 6 Mittel- und Kleinstädte - <i>NICHT: Jena.</i>
Sachsen	19 (7,7%);	4x Leipzig; 5x Dresden; Chemnitz; u.a. - <i>NICHT: Zwickau.</i>
Osten gesamt:	56 (22,9%).	

Bewertung:

3.1.2 Wie der Vergleich mit der Einwohnerverteilung der Bundesländer im Verhältnis zu der des Gesamtstaates zeigt (s. Tabelle 1), gibt es zwar Regionen mit überdurchschnittlicher Repräsentanz und solche, in denen die Zahl der bei der KOS erfassten Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen unterdurchschnittlich ist. Jedoch bleibt festzuhalten: Die erfassten Gruppen und Einrichtungen streuen über das ganze Bundesgebiet. Weiße Flecken auf der Karte gibt es nicht.

3.1.3 Ein Vergleich mit der Einwohnerverteilung je nach Bundesland ergibt vor allem für die Bundesländer im Süden Deutschlands eine statistische Unterrepräsentanz. Das betrifft am stärksten Gruppen und Beratungseinrichtungen in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Dagegen sind Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen beispielsweise überrepräsentiert. Gleiches gilt auch für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Es liegt nahe, diese Disparitäten mit der regionalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. Aber auch die Verteilung von Armut und Reichtum dürfte hier eine Rolle spielen. So ergeben sich Ähnlichkeiten zu der Verteilung der Bundesrepublik in Bezug auf die regional gemessenen Armutsquoten, die der Paritätische gerade in seinem Armutsbericht festgestellt hat; vgl. dazu mehr unter www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht.

Allein objektive Faktoren können die Verteilung jedoch nicht erklären. Denn sonst hätten auch ostdeutsche Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen klar überrepräsentiert sein müssen. Tatsächlich ergibt der Vergleich zur Bevölkerungsverteilung in der Bundesrepublik aber ein recht unauffälliges Ergebnis. Besonders für Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist die Abweichung nur gering.

Vgl. dazu auch die folgende Tabelle 1:

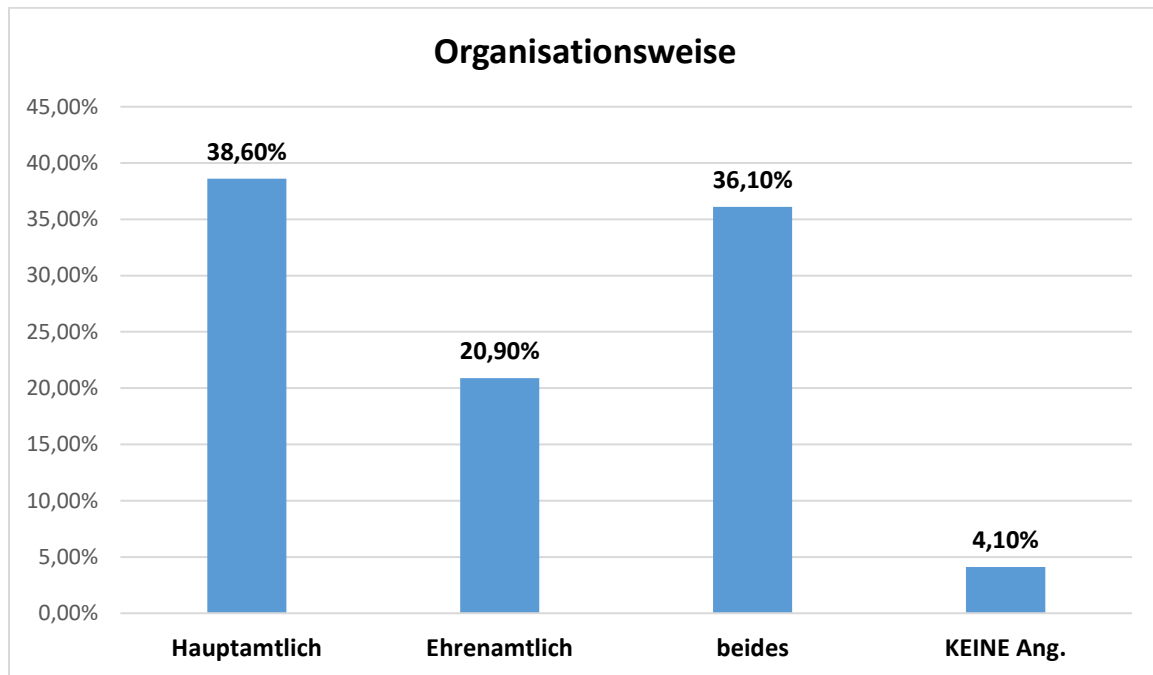
	Anteil an der Gesamtbevölkerung ⁴	Anteil an den befragten Einrichtungen und Gruppen
Baden-Württemberg	13,3%	8,6%
Bayern	15,7%	9,0%
Saarland	1,2%	0,4%
Rheinland-Pfalz	4,9%	2,8%
Hessen	7,5%	4,5%
Nordrhein-Westfalen	21,6	32,0%
Bremen	0,8%	4,1%
Hamburg	2,2%	4,1%
Niedersachsen	9,6%	9,0%
Schleswig-Holstein	3,5%	2,4%
Mecklenburg-Vorpommern	1,9%	2,0%
Brandenburg	3,0%	4,9%
Berlin	4,4%	4,5%
Sachsen	4,9%	7,8%
Sachsen-Anhalt	2,6	0,8%
Thüringen	2,6	2,9%

3.1.4 Der Autor hatte im Vorfeld der Auswertung vermutet, dass sich aus den Zahlen noch stärker ein Bezug zu den Großstädten herauskristallisieren würde, weil die Anonymität dort weniger Angst vor Stigmatisierung machen würde als es in Klein- und Mittelstädten der Fall wäre. Das gilt allerdings als sehr klarer Zusammenhang vor allem für die Stadtstaaten und die Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern. Kleinere Großstädte über 100.000 Einwohner haben zwar oft, aber längst nicht in jedem Fall eine Beratungseinrichtung oder eine Arbeitslosengruppe. Das gilt erst Recht für Klein- und Mittelstädte. Die Gründe dafür sind vermutlich vielfältig. Aus den langjährigen Erfahrungen in seiner niedersächsischen Heimatregion leitet der Autor jedenfalls ab, dass für die Nichtexistenz bzw. die Auflösung entsprechender Gruppen u.a. personelle Auseinandersetzungen unter den Akteuren selbst und bei freien Trägern auch eine fehlende finanzielle Förderung durch die Kommune und das Bundesland eine wichtige Rolle spielen können.

⁴ Wir haben zum Vergleich die Zahlen zugrunde gelegt, die das Statistische Bundesamt zum Stichdatum 31.10.2018 auf der Grundlage des Zensus von 2011 ermittelt hat. Siehe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/02-bundeslaender.html>

3.2. Organisationsweise:

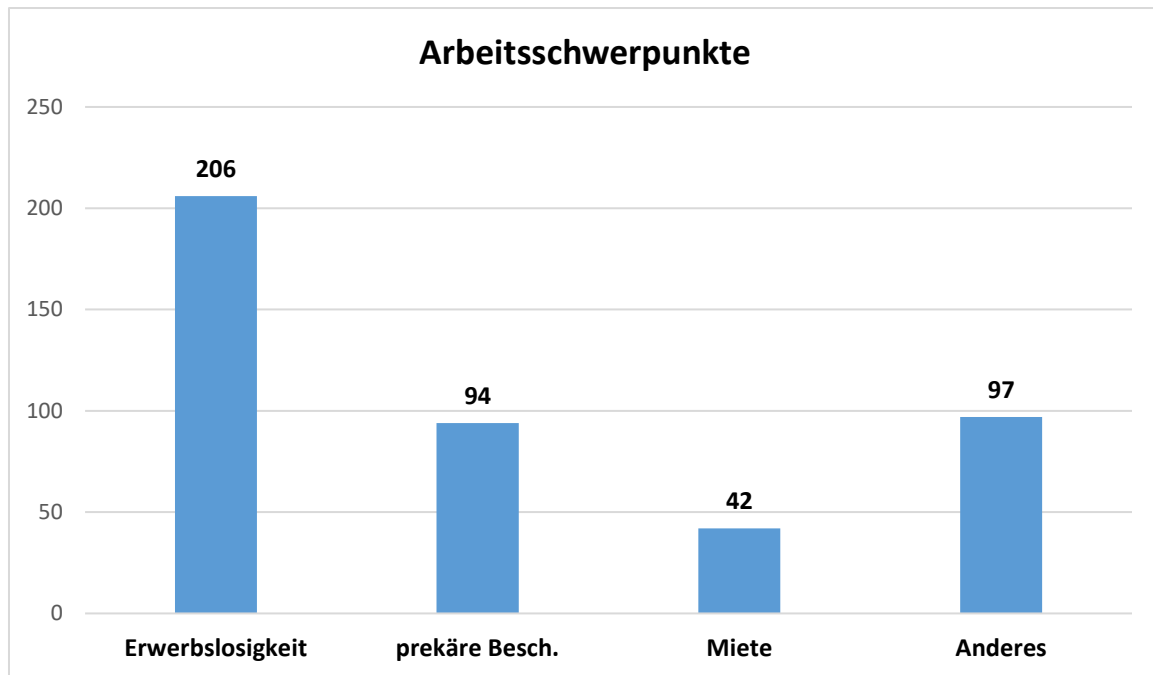
- Hauptamtliche: 95 (38,6%);
- Ehrenamtliche: 51 (20,9%);
- Beides: 88 (36,1 %);
- Keine Angaben: 10 (4,1%);



Bewertung: Das Ergebnis zeigt, dass die vorhandenen Kontakte der KOS über vielfältige Strukturen verfügen und offenbar verschiedene Organisationsformen abdecken. Auffällig ist auch, dass rund ein Drittel der befragten Gruppen in der Lage ist, hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit zu verzahnen – das dürfte im Alltag der Gruppen eine komplexe Organisationsarbeit erfordern und es dürfte auch nicht leicht sein, den erforderlichen Informationsfluss innerhalb der Gruppe sicherzustellen.

3.3. Arbeitsschwerpunkte:

- Erwerbslosigkeit: 206 (84,4%)
- Prekäre Beschäftigung: 94 (38,5%)
- Miete: 42 (17,2 %)
- Anderes: 97 (39,7%)



Mehrfachnennung möglich

Bewertung: Wenig überraschend dominiert hier vor allem das Thema Arbeitslosigkeit. Jedoch zeigt sich auch, wie breit viele Initiativen mittlerweile aufgestellt sind – sicher ein Hinweis darauf, welche Folgeprobleme Arbeitslosigkeit und Armut auslösen können.

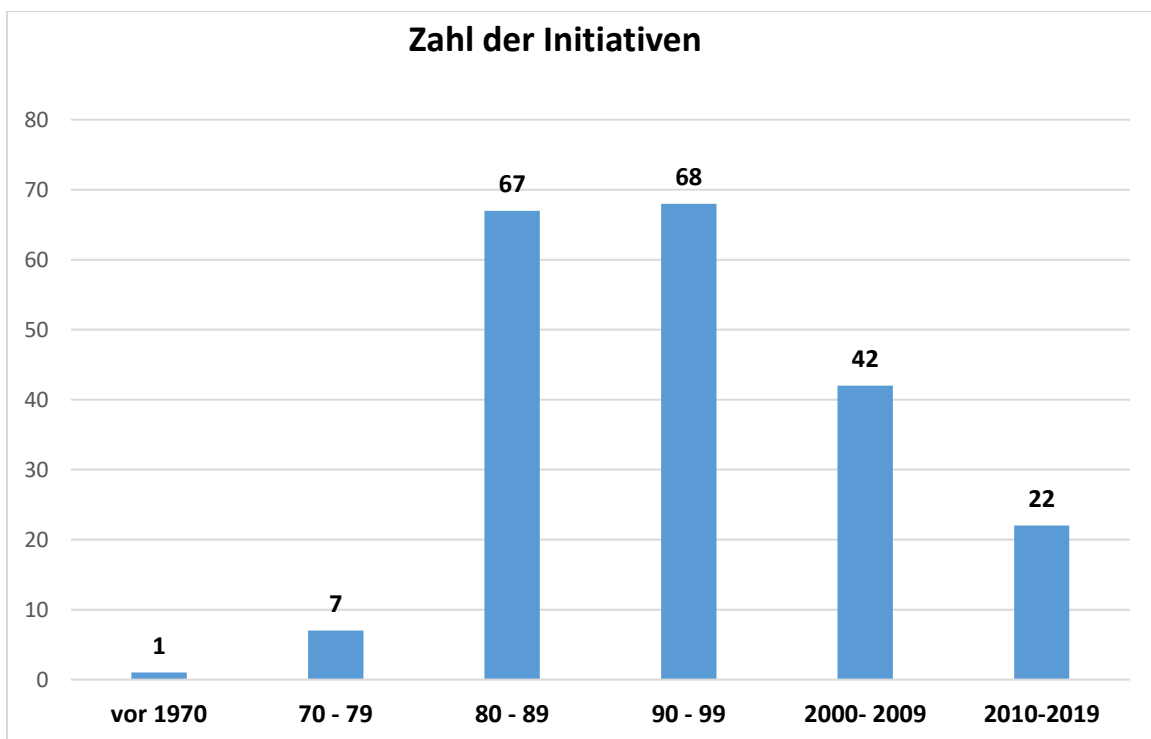
Auffällig ist auch, dass immerhin 94 Initiativen sich mit prekärer Beschäftigung und Arbeitsrecht beschäftigen. In dieser Zahl drückt sich u. a. aus, dass „Hartz IV“ bzw. Alg II nicht nur die Armut der längere Zeit Erwerbslosen auffangen soll, sondern auch die der prekär Beschäftigten, die ihren unzureichenden Lohn mit Alg II aufstocken müssen. Die Lebenslage vieler Betroffener ist zudem durch einen häufigen Statuswechsel zwischen prekärer Beschäftigung, vor allem Leiharbeit, und Erwerbslosigkeit geprägt. Das kann nicht nur in Bezug auf die Situation im SGB-2-Bezug beim Jobcenter zusätzliche Probleme wie Leistungsüberzahlung, drohende Sanktionen, daraus resultierende Schulden, usw. hervorrufen.

Sichtbar werden die Folgeprobleme von Armut und Erwerbslosigkeit auch an Art und Umfang der anderen Arbeitsschwerpunkte der befragten Gruppen. Diese anderen Themen betreffen beispielsweise Hilfe bei Bewerbungen/ bei Berufsorientierung und bei der Arbeitsvermittlung (6 Nennungen); Umschulung; Rente; außerdem Leistungen nach SGB XII wie die Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit sowie Sozialhilfe (4 Nennungen bei SGB XII-Themen). Ebenso geht es um Elterngeld, Kindergeld, Obdachlosigkeit und drohenden Wohnungsverlust, um BAB und BAföG, um alle „relevanten Gewerkschaftsthemen“, Beratung für Migrant*innen, Rechtspopulismus, um „allgemeine Sozialberatung“ und um „psychosoziale Hilfen“ (4 Nennungen), Familienbetreuung und ein Jugendprojekt. Deutlich wird ein großes Themenspektrum, das auf verschiedene Art und Weise bearbeitet wird: Durch Beratung, durch Unterstützung und Hilfe, durch „Frühstück“ und „Kaffeekränzchen“, mit Hilfe von Bildungsangeboten, „durch Angebot von Maßnahmen z. B. für arbeitslose Jugendliche und für Langzeitarbeitslose, zudem auch durch politische Arbeit.

3.4. Gründungszeitraum

Hierzu haben nur 207 Befragte (rund 85% aller Befragten) eine Jahresangabe machen können oder wollen. Knapp 70% aller antwortenden Gruppen sind vor dem Jahr 2000 gegründet worden. Neugründungen ab 2010 sind weniger vorhanden.

- Vor 1970: 1 (0,5%);
- 1970 – 1979: 7 (3,4%);
- 1980 – 1989: 67 (32,4%);
- 1990 – 1999: 68 (32,8 %);
- 2000 – 2009: 42 (20,3%);
- 2010- 2019: 22 (10,6%).



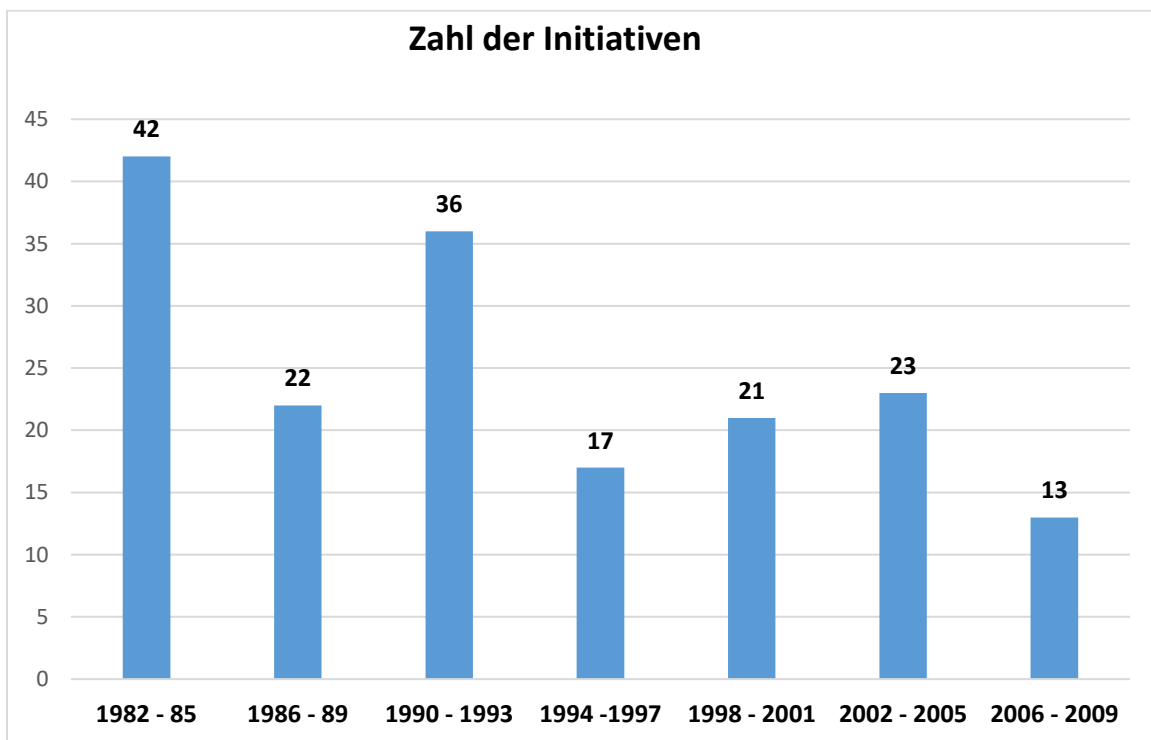
Alle Angaben in absoluten Zahlen

Bewertung: Die Daten legen die Vermutung nahe, dass es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und der Gründung einer Arbeitslosen-gruppe o. ä. geben könnte. Im Westen betrifft das vor allem die 80er Jahre, im Osten vor allem die ersten fünf Jahre nach der Vereinigung. Das illustriert auch Tabelle 2 auf der folgenden Seite:

Tabelle 2: Gründungszeitraum und Region:

Zeitraum	Regionale Verteilung der Initiativen	
	Westen	Osten
1982 - 85	100%	0
1986 - 89	95,4%	4,6%
1990 - 1993	41,7%	58,3%
1994 - 1997	94,1%	5,9%
1998 - 2001	61,9%	38,9%
2002 - 2005	73,9%	26,1%
2006 - 2009	69,2%	30,8%

Den Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktentwicklung und der Gründung einer neuen Initiative kann auch folgendes Diagramm erhellen. Es zeigt die Entwicklung in den Jahren, wo vermehrt Initiativen gegründet worden sind. Hier sind die Jahresabschnitte in Intervalle von jeweils vier Jahren geteilt:



Alle Angaben in absoluten Zahlen

Die Ausschläge nach oben in der Tabelle korrespondieren deutlich mit den Zeiten, in denen in der Bundesrepublik ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Allerdings ist die Entwicklung nicht eindimensional. Es scheint auch andere Einflüsse auf das Gründungsgeschehen der Gruppen zu geben.

3.5. Zuordnung/ Trägerschaft

a.) Gewerkschaften: 39 (17,5%)

- IG Metall: 6;
- ver.di: 26;
- DGB: 2;
- IG Bau: 1;
- GEW: 1;
- mehrere gewerkschaftliche Träger zusammen: 3.

b.) Kirchen und kirchennahe Einrichtungen und Verbände: 31 (13,9%)

- evangelische Kirche: 14;
- katholische Kirche: 12;
- evangelische und katholische Kirche zusammen: 3;
- KAB, z. T. zusammen mit Diakonie: 4;
- Kirche und Stadt: 1.

c.) Wohlfahrtsverbände: 52 (23,3%)

- Diakonie: 31;
- AWO: 7;
- Caritas: 6;
- Paritätischer: 5;
- ASB: 1.

d.) eigene Vereine (z. T. mit gewerkschaftlicher, kirchlicher oder kommunaler Beteiligung): 85 (38,1%)

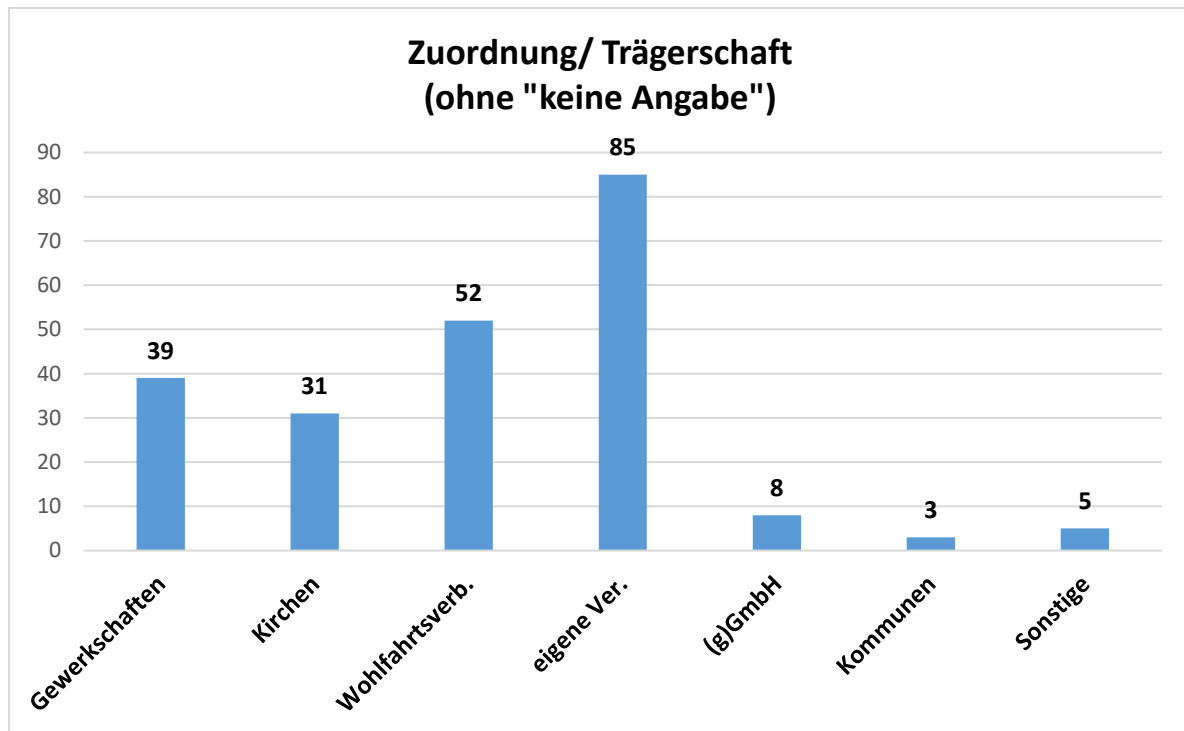
e.) GmbH; gGmbH: 8 (3,6%)

f.) Kommunen o. ä. (ohne Vereinsbeteiligungen o. ä., um Mehrfachnennung zu vermeiden): 3 (1,3%)

g.) Sonstige (z. B. Fachhochschulverlag Frankfurt/M. oder Bürgerstiftung): 5 (2,2 %)

(223 mit konkreten Angaben)⁵

⁵ Keine Angaben haben 21 Gruppen und Einrichtungen gemacht, d. h. 8,6% der Grundgesamtheit von 244.



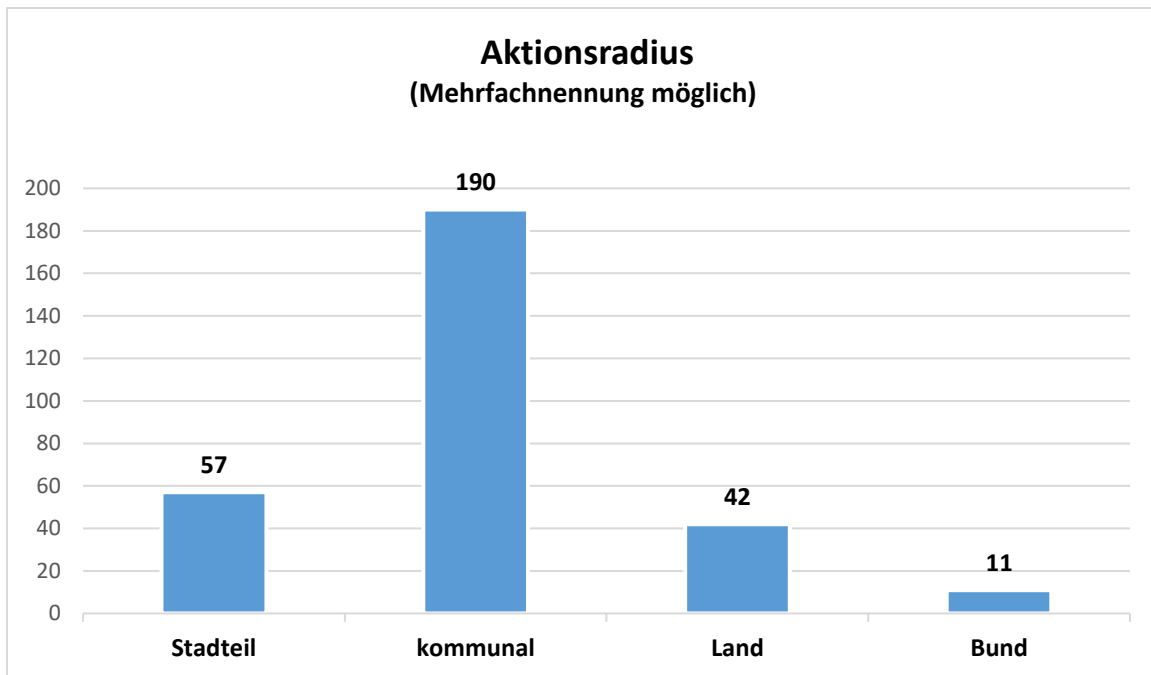
N= 223; alle Angaben in absoluten Zahlen

Bewertung: Die Auswertung verdeutlicht die Spannweite der Kooperationspartner der KOS. Neben gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen sind dies vor allem kirchliche Gruppen, solche in Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbands (darunter auch kirchliche) sowie Gruppen, die im Rahmen eines eigenen Vereins organisiert sind. Dazu kommen dann noch gemeinnützige GmbHs, kommunale Träger und sonstige Akteure. Man kann davon ausgehen, dass diese Zersplitterung die Situation in der Erwerbslosenbewegung realistisch widerspiegelt. Dies beeinträchtigt die Schlagkraft der Erwerbslosengruppen.

Zu beachten ist ferner, dass die Zersplitterung es nicht leicht macht, gemeinsame Interessen und Projekte zu verfolgen. Neben organisatorischen Gründen beruht dies sicher auch auf unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und ganz unterschiedlichen Arbeitsansätzen. Dies alles erfordert viel Informationsaustausch und Absprache untereinander – ein Kerngeschäft der KOS.

3.6. Aktionsradius: (Mehrfachnennungen möglich)

- Stadtteil: 57 (23,2%);
- kommunal: 190 (77,2 %);
- Land: 28 (11,4%);
- Bund: 11 (4,5%).



Alle Angaben in absoluten Zahlen

Bewertung: Offenbar sind so gut wie alle befragten Gruppen zunächst vor Ort aktiv, im eigenen Viertel oder in der eigenen Kommune. Einen darüber hinaus reichenden Aktionsradius auf Landes- oder Bundesebene hat dagegen nur ein Bruchteil der Gruppen. Das dürfte oft schon daran scheitern, dass diese Rolle beispielsweise von der Zentrale der Gewerkschaft oder des Wohlfahrtsverbands beansprucht wird, in denen sich Arbeitslose organisieren.

Oder auch daran, dass es gar keinen Landes- oder Bundesverband gibt, wie bei vielen eingetragenen gewerkschaftsnahen Vereinen. Zudem erlauben es die personellen oder finanziellen Ressourcen oft nicht, überregional tätig zu sein. Regionale Zusammenschlüsse, für die man dann auch nicht so weit zu fahren braucht, um an Treffen teilzunehmen, könnten da allerdings einen Ansatz für Verbesserungen bieten.

3.7.) Aktivitäten:

- 202 befragte Einrichtungen machen Beratung (82,8%);
- 119 Gruppen machen ausdrücklich Ämterbegleitung (48,8%);
- 117 Gruppen machen Aktionen und PR (47,9%);
- 96 Gruppen machen politische Veranstaltungen (39,3%);
- 76 Einrichtungen bieten Gespräche und / oder Freizeitangebote an (31,1%);
- 64 Einrichtungen bieten „Sonstiges“ an, in enormer inhaltlicher Spannweite (26,2 %).

„Sonstiges“ betrifft zunächst Tätigkeiten, die eng mit Beratung assoziiert sind oder im weiteren Verständnis noch als Bestandteil der Beratungstätigkeit gesehen werden könnten:

- „Hilfe beim Ausfüllen von Formularen“;
- „Begleitung zu Gericht/Beratungsstellen/Anwälten“;
- „sprachmittelnde Angebote“;
- „Schuldnerberatung“.

Neben der Einzelberatung gibt es außerdem Formen kollektiver Informationsvermittlung und Beratung:

- „Infoveranstaltungen zum SGB II“;
- „Seminare“ und „Vorträge“;
- „Veröffentlichung Leitfaden für Menschen mit Behinderung“.

Einen Teil der sonstigen Angebote betrifft außerdem den sozialen Kontakt Erwerbsloser, den Austausch besonders mit anderen Betroffenen:

- „Erwerbslosenfrühstück“;
- „günstige Mahlzeiten“;
- „wöchentlicher Treff für Erwerbslose“;
- „Kulturcafé“;
- „Hausbesuche in Notfällen, Geburtstage, Jubilare“;
- „Kurse, Workshops, Kultur, Bibliothek“;
- „Theatervorführungen“.

Des Weiteren gibt es Angebote zur Unterstützung Erwerbsloser bei der Bewältigung finanzieller Einschränkungen im Alltag:

- „Annahme und Weitergabe gebrauchter Möbel und Hausrat“;
- „Sozialkaufhaus“;
- „Tafel, Kleiderkammer, Möbelbörse“;
- „Nähwerkstatt, Fahrradwerkstatt“;
- „Freizeitgestaltung Kinder“.

Ein Teil der Projekte bewegt sich außerdem offensichtlich im Bereich der Förderung von Ausbildung und Weiterbildung:

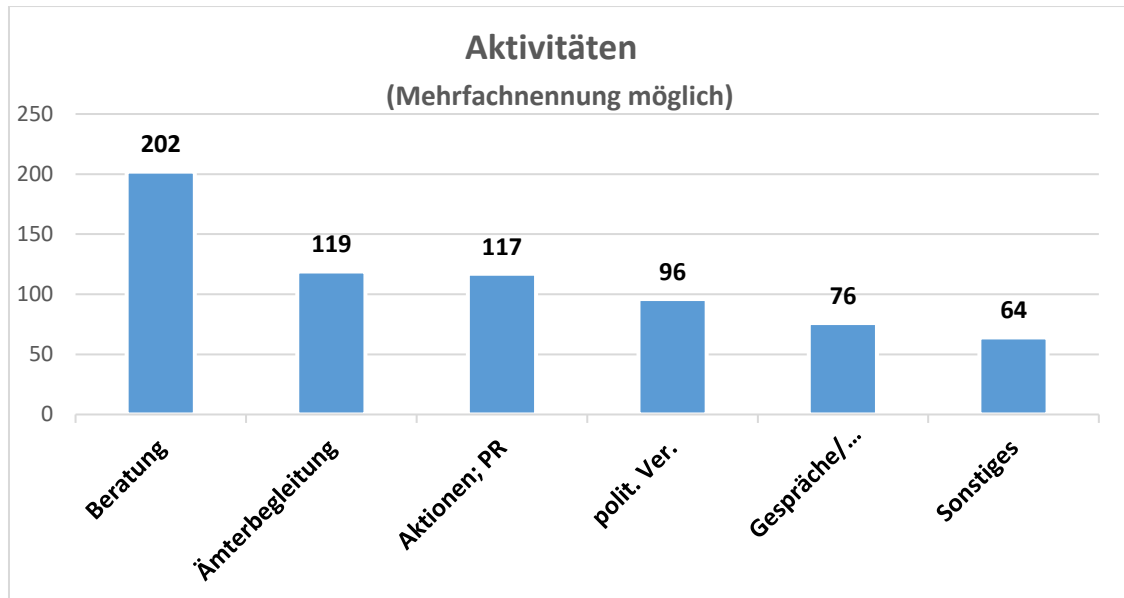
- „Kurse und Qualifizierungsangebote“ und berufliche Fortbildungen;
- „Deutschkurse“;
- „Qualifizierungs- und Integrationsprojekte“;
- „Begleitung während der Ausbildung“.

Des Weiteren gibt es offenbar Beschäftigungsprojekte sowie Rehabilitationsangebote für behinderte Menschen:

- „Erstellung von Bewerbungsunterlagen“ und „Bewerbungsberatung“ sowie „Coaching“;
- „Beschäftigungsmaßnahmen“ und „Projektarbeit von und mit Langzeitarbeitslosen“;
- „Arbeitsgelegenheiten“;
- „Psychotherapie, Physiotherapie, Erwachsenenbildung“;

Andere Gruppen betreiben PR-Arbeit für die Interessen Erwerbsloser und bieten politische Veranstaltungen an:

- gewerkschaftliche AGA-Arbeit;
- „Arbeitsgruppen, Facharbeitskreise“
- „mit Politikern reden“.



Bewertung: Das Spektrum der verschiedenen Aktivitäten bzw. Arbeitsformen ist weit gefasst. Insgesamt dominieren jedoch Beratung und Begleitung ins Amt (ganz überwiegend in die Agentur für Arbeit oder ins Jobcenter, wie wir sehen werden).

- Fast alle Befragten (197 der 202 Einrichtungen, die beraten = 97,5% von ihnen) haben den Arbeitsschwerpunkt Erwerbslosigkeit, so dass wahrscheinlich ist, dass sehr viele von ihnen insbesondere zu Fragen aus den Rechtskreisen SGB II und III beraten. Eine Reihe von Einrichtungen hat den Arbeitsschwerpunkt prekärer Beschäftigung/ Arbeitsrecht und ist auch beratend tätig (89 bzw. 44,0% aller Beratungseinrichtungen). - Viele Einrichtungen mit dem Arbeitsschwerpunkt Mietrecht sind auch beratend tätig (61 bzw. 30,2% aller Beratungseinrichtungen). - Andere Themenbereiche setzen 95 Einrichtungen (bzw. 38,1% aller Befragten). Von diesen beraten 88 Gruppen (47,0% aller Beratungseinrichtungen), die auch andere Themenschwerpunkte haben. Genannt werden beispielsweise „Beratung bei Mobbing am Arbeitsplatz“; „Schulden und Insolvenzberatung“; „andere Transferleistungen“; Elterngeld; Kindergeld; „SGB II, III, XII“; „Bewerbung und Stellensuche“; „Rentenberatung“; „Beratung für Migrant*innen“; „allgemeine Sozialberatung“ oder „alles, was die Kollegen bewegt“.

Tabelle 3: Beratungsinhalte

Schwerpunkt:	Beratung	
	Ja	Nein
Erwerbslosigkeit	97,5%	2,5%
Prekäre Beschäftigung/ Arbeitsrecht	44,0%	56,0%
Mieten	30,2%	69,8%
Sonstiges	47,0%	53,0%

3.8. „Kennt ihr noch andere Initiativen, besonders in eurem Umfeld?“**Tabelle 4: Andere Initiative bekannt?**

ja		Keine Angabe
21,9%		78,1%
13,4%	7,5%	
Eine Initiative bekannt	Mindestens 2 Initiativen bekannt	

Nur 54 Befragte geben unter Benennung einer oder mehrerer Initiativen „ja“ an (21,9%). Die große Mehrzahl davon (61% derer, die eine andere Initiative kennen) benennt nur eine andere Initiative als bekannt. Zu den konkret aufgeführten Initiativen bemühen wir uns nun um Kontakt, sie sind inzwischen mit beigefügtem Fragebogen angeschrieben worden. Die Rückläufe werden dann wiederum zur Ergänzung unserer Datenbank verwendet.

Die hohe Anzahl derer, die keine Angaben machen, könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Befragten die Mühe gescheut haben, hier konkrete Gruppen samt Adressen aufzuführen. Es mag aber auch sein, dass die Personen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, selbst nicht diejenigen sind, die Außenkontakte wahrnehmen. Doch sind dies alles Mutmaßungen. Konkrete Schlussfolgerungen geben die vielen nicht erfolgten Angaben nicht her.

3.9. Die drei wichtigsten Problemfelder oder Herausforderungen der Initiativen:

- Hohes Beratungsaufkommen: 128 (52,0);
- Unsicherheit zu rechtlichen Fragen in der Beratung: 57 (23,2%);
- Zu wenig Austausch mit anderen Einrichtungen/Initiativen: 28 (11,4%);
- Fehlende bzw. ungeeignete Materialien: 28 (11,4%);
- Zu wenig engagierte und aktive Leute: 81 (32,9%);

- *Schwierige Mobilisierung (Demos, Aktionen):* 68 (27,6%);
- *Öffentlichkeitsarbeit zu wenig Aufmerksamkeit:* 55 (22,3%);
- *Anderes:* 51 (20,7 %);

Bei „Anderes“ benannt werden folgende Problemfelder:

- a.) unsichere Finanzierung oder zu geringe Finanzierung der (Beratungs-) Angebote: 19;
- b.) fehlendes bzw. fehlendes geeignetes Beratungspersonal: 6;
- c.) Kooperation mit dem Jobcenter bzw. fehlende Konfliktbereitschaft der Träger der sozialen Arbeit: 5;
- d.) inhaltliche Probleme (z.B. „Mindestlohn und Alg II“): 5;
- e.) resignierte oder unmotivierte Betroffene: 4;
- f.) Schwierigkeiten mit der Durchführung der Beratung (Komplexität der Beratungsthemen: 3; kaum Rückmeldungen über Beratungserfolg: 1; Erstellung von Bewerbungsunterlagen: 2);
- g.) Zu viel Arbeit mit Verwaltungsangelegenheiten („Anträge und Berichte“): 1;
- h.) zu wenig Beachtung (Ausgrenzung in Lokalzeitungen: 1; Arbeitslosigkeit zurzeit kein Problem vor Ort:1);
- i.) infrastrukturelle Probleme der Kommune (angespannter Wohnungsmarkt: 2; mangelhafter ÖPNV vor Ort: 1);
- j.) Hohe Frequenz in Kleiderkammer:1.

Bewertung:

3.9.1. Als ein zentrales Problemfeld für die Initiativen stellt sich der hohe Beratungsbedarf dar, den mehr als die Hälfte aller befragten Gruppen und Einrichtungen geltend machen. In Ermangelung der Möglichkeit, dazu weitere Nachfragen zu stellen, kann an dieser Stelle aufgrund bisheriger Berichte und der weiteren Antworten unter „Anderes“ nur gemutmaßt werden, was das heißt. So arbeiten Berater*innen wegen des hohen Beratungsbedarfs häufig unter großem Zeitdruck und Betroffene müssen lange Wartezeiten bis zu einem Termin hinnehmen. Außerdem müssen zahlreiche und komplexe Probleme von Ratsuchenden vielfach von viel zu wenig Personal bearbeitet werden. Die ebenfalls häufiger thematisierten Probleme „Rechtsunsicherheit“, „Isolation“, „Informationsmangel“ und „ungeeignetes Material“ verstärken diesen Eindruck. Es klingt durch, dass viele der befragten Einrichtungen, die ja in sehr hohem Maß Beratung und/oder Ämterbegleitung anbieten, sich angesichts der Probleme der Betroffenen überfordert und allein gelassen fühlen. Zudem sehen sie offenbar für die eigenen Mitarbeiter*innen einen hohen Fortbildungsbedarf.

3.9.2. Ein weiteres wichtiges Problem, dass sich vor allem für unabhängige gewerkschaftsnahe Träger stellen dürfte, ist die unsichere Finanzierung der eigenen Angebote bei vielen dieser Träger und, damit offenbar in Verbindung stehend, auch das Problem, ausreichend

qualifiziertes Personal zu finden. Tatsächlich sind solche Probleme nach der langjährigen Erfahrung des Autors für viele unabhängige Träger alltäglich. Die unter Punkt 3.5 geschilderten sehr heterogenen Strukturen der befragten Gruppen erklären andererseits wahrscheinlich, dass nicht noch mehr Befragte die erwähnten Finanzierungs- und Personalprobleme geltend machen. Zumindest die Finanzierungsprobleme dürften nicht bzw. nicht so stark für andere Träger wie gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen oder Wohlfahrtsverbände gelten. Den Hinweis auf „zu wenig Aktive“ kann man allerdings auch so lesen, dass sich vergleichbare Personalprobleme auf anderer Ebene- nämlich in Form von zu wenig ehrenamtlichen Mitstreiter*innen - auch bei Gruppen mit gewerkschaftlichen oder kirchlichen Trägern zeigen.

3.9.3. Ein weiteres wichtiges Problem ist in den Augen vieler Befragter offenbar die „schlechte Mobilisierbarkeit“ vieler Erwerbsloser (27,6%) bzw., dass diese „resigniert“ oder „unmotiviert“ sind. Offensichtlich drückt sich darin die politische Frustration einer Reihe von befragten Gruppen aus, die eigentlich die politischen Verhältnisse zu Gunsten der Erwerbslosen verbessern wollen, sich aber dabei von den Betroffenen nicht genügend unterstützt fühlen. Möglicherweise gilt dies aber auch gegenüber anderen, z. B. den Vertreter*innen der eigenen Organisation, wie sich aus der Zahl von 22,3% der Befragten ableiten lässt, die sich und ihren Anliegen mehr „Beachtung“ wünschen. Es bleibt allerdings auch offen, ob sich bei den Befragten nicht auch etwas dafür ändern müsste (z. B. mehr Offenheit für neue Aktive).

3.10. Was könnte Euch helfen, was braucht ihr oder wünscht ihr euch für eure Arbeit?

a.) Infoblätter zu rechtlichen Fragen zur Weitergabe an Betroffene:

- ja: 130 (53,3%); - keine Angabe: 124 (46,7%).

b-) fachlich fundierte Informationen für Berater*innen:

- ja: 95 (38,9%); - keine Angabe: 149 (61,1%).

c.) Checklisten und Rechenschemata für Berater*innen

- ja: 67 (27,4%); - keine Angabe: 177 (72,6%).

d.) Schulungen / Seminare für Berater*innen:

- ja: 36 (14,7%); - keine Angabe: 208 (85,3%).

- **Diese zu folgenden Themen** (Mehrfachnennung möglich):

- SGB II/ Hartz IV: 12;
- SGB III/ Arbeitsförderungsrecht: 7;

- SGB XII/ Grundsicherung Altersrentner*innen u. dauerhaft Erwerbsunfähige + Sozialhilfe: 7;
- SGB X/ Verfahrensrecht: 3
- Sonstiges (je einmal benannt): SGB I / Allgemeines Sozialrecht; „Aktuelles zu rechtlichen Fragen“; Rente; Kündigung; Vernetzung und Öffentlichkeit; Gewinnung von Betroffenen.

e.) politische Tagungen (Positionsfindung, Verabredung zu Aktivitäten):

- ja: 17 (7,0%); - keine Angabe: 227 (93,0%).

f.) Muster-Flugblätter für politische Arbeit

- ja: 32 (13,1%); - keine Angabe: 212 (86,9%).

g) Ideen für konkrete Aktionsformen

- ja: 46 (18,8%); - keine Angabe: 198 (71,2%).

h.) Initiierung/ Koordination von Aktionen und Kampagnen

- ja: 29 (11,9%); - keine Angabe: 215 (88,1%).

i.) Anderes:

- ja: 19 (7,8 %); - keine Angabe: 225 (92,2%).

Nämlich (Mehrfachnennungen möglich):

Bei einigen Gruppen ist ein wichtiges Thema, wie man bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die eigene Arbeit vor Ort herstellen kann:

- „Wie kommen wir an Geld?“/„mehr Fördergelder“/„weitere finanzielle Förderung“: 3;
- „stabile Rahmenbedingungen“:1;
- „arbeitsmarktpolitische Förderprogramme“: 1;

Zudem wird nach konkreten Schulungsangeboten für die Beratung gefragt:

- „Schulung zum zügigen Finden von Gesetzen, Dienstanweisungen und Sozialgerichts- und BSG-Urteilen im Internet“:1;
- „Schulungen: Resilienz; Supervision“: 1;
- „Rechtsbeistand“ (vermutlich ist dazu eine Schulung gewünscht): 1;

Aber auch Fortbildung und Austausch untereinander ist gefragt:

- „Vielleicht wäre es sinnvoll, für Erwerbslose Seminare anzubieten, wie sie sich Informationen beschaffen, in eine Gruppe einbringen können, usw.“: 1;
- „Austausch mit anderen Initiativen über Erfolge und Aktionen“: 1;

Auf die Produkte der KOS richten sich diese Wünsche:

- „A-Info müsste verständlicher werden“: 1;
- „Flyer zur rechtlichen Lage von Auszubildenden“: 1.

Vor allem aber wünschen sich die Befragten mehr politischen Einfluss und bessere politische Perspektiven, um Hartz IV zu überwinden:

- „Aufklärungsmaterial, warum das Hartz IV-System funktioniert“: 1;
- „mehr Gehör in Bezirksversammlungen“: 1;
- „bessere Zukunft, Verhinderung von Armut“: 1;
- „Einsatz fürs BGE“ (=bedingungsloses Grundeinkommen): 1;
- „Man müsste in die Köpfe der Beteiligten und dort einen Schalter umlegen. Allein die finanzielle Hilfe ist dürftig. Wird zunehmend schlimmer, so ab 2021 völlig aussichtslos“;
- „all das NICHT mit politischer Hoheitsdeutung, d. h. NICHT gewerkschafts- und parteipolitisch, sondern FREI im Sinne der Erwerbslosen“;

Etwas skurril mutet außerdem der folgende Eintrag an:

- „Ich brauche nichts“.

Bewertung: Auch die Antworten zu dieser Frage legen einen hohen Bedarf an Fortbildung bzw. an zusätzlichen Informationen und Hilfen für die Aktiven bzw. das Beratungspersonal nahe. Die Breite des dafür benötigten Wissens spiegeln die obigen Antworten eindrucksvoll wieder. Es bleibt jedoch eine Herausforderung, dafür umfassende Angebote zu entwickeln. Diese Aufgabe übernimmt in vielerlei Hinsicht die KOS. Unser Angebot umfasst dabei neben Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Seminaren für Berater*innen gerade auch die Bereitstellung von fachlich fundierten Informationen und von Informationsflugblättern zu rechtlichen Themen. Zudem stehen wir auch als Overhead für schwierige Beratungsfragen der Aktiven zur Verfügung, die diese allein nicht lösen können.

Was die politische Ebene anbelangt, so ist zunächst hervorzuheben, dass vor Ort auf verschiedenen Ebenen einiges getan wird. Ziel ist es dabei, über übergreifende politische Zusammenhänge zu informieren und Betroffene zu aktivieren, sie zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu motivieren. Das ist in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nicht so einfach. Zumindest deuten die Befragungsergebnisse an, dass es momentan scheinbar keine klare und bei allen zündende Idee gibt, mit welchen Themen bzw. mit welchen Kampagnen die Situation für Erwerbslose grundlegend zu verbessern wäre.

Die KOS bietet hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten Gelegenheiten zum Austausch und zur gemeinsamen politischen Positionierung an, beispielsweise über ihre Zeitschrift A-Info, ihre Homepage und über die jährlichen Arbeitstagen. Wir zeigen dabei sowohl die konkreten Grundlagen wie auch die allgemeinpolitischen Hintergründe bestehender Probleme aus der

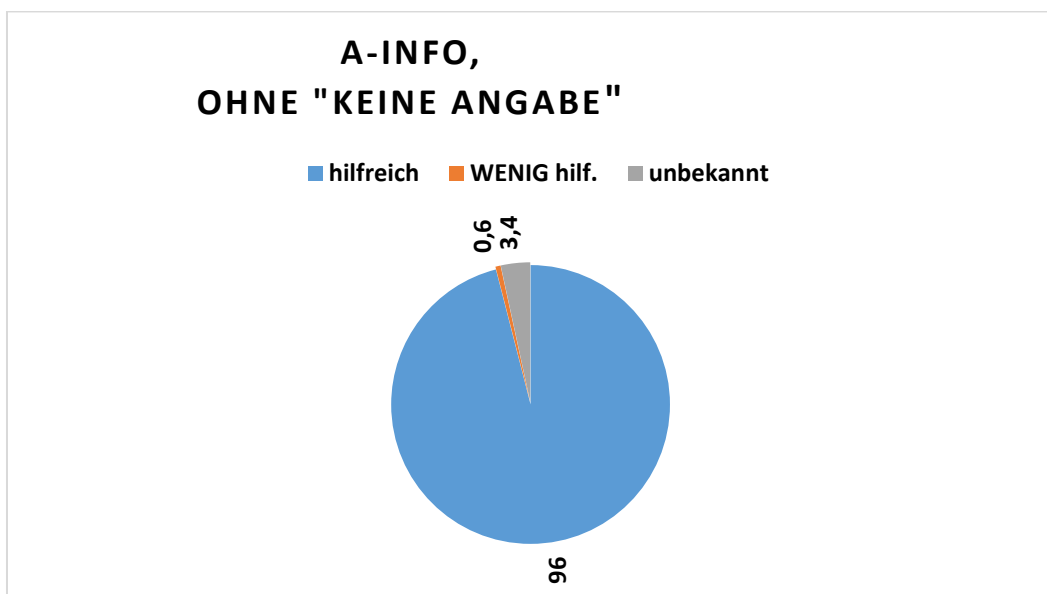
Lebenswelt von Erwerbslosen auf, ebenso auch konkrete Aktionsideen. Dennoch bleibt gerade in diesem Feld noch viel zu tun. Wir werden die Ergebnisse der Befragung auch nutzen, um über die weitere Verbesserung unseres Angebots im Bereich der politischen Organisation und der Initiierung von Kampagnen nachzudenken.

4.) **Bewertung der Arbeit der KOS:**

Um die Zufriedenheit der Kooperationspartner mit der Arbeit der KOS und ihren spezifischen Angeboten zu ermitteln, haben wir nach deren Bewertung gefragt. Den schriftlich Befragten war es dabei zusätzlich auch möglich mitzuteilen, dass bestimmte „Produkte“ ihnen bisher nicht bekannt waren.

4.1. Zeitschrift A-Info (erscheint etwa fünfmal im Jahr):

- hilfreich: 171 (70,1%);
- weniger hilfreich: 1 (0,4%);
- unbekannt: 6 (2,4%);
- keine Angabe: 66 (27,0%).



N = 178; alle Angaben in Prozent

- Verbesserungsvorschläge:

- „KOS Kontakt etwas größer“: 1;
- „verständlicher, prägnanter, lesefreundlicher“: 1;
- (an anderem Ort:) „A-Info müsste verständlicher werden“: 1;

- „Auch hatte das A-Info früher gute Comics, z.B. ein Mann kommt zum Jobcenter und sagt, ich suche Arbeit und die Mitarbeiter lachen. So wurde auf witzige Art mitgeteilt, dass es kaum Arbeit gibt.“: 1;
- „weiterhin in Printform“: 1;
- „A-Info als Online-Version zeitgleich herausgeben“:1;

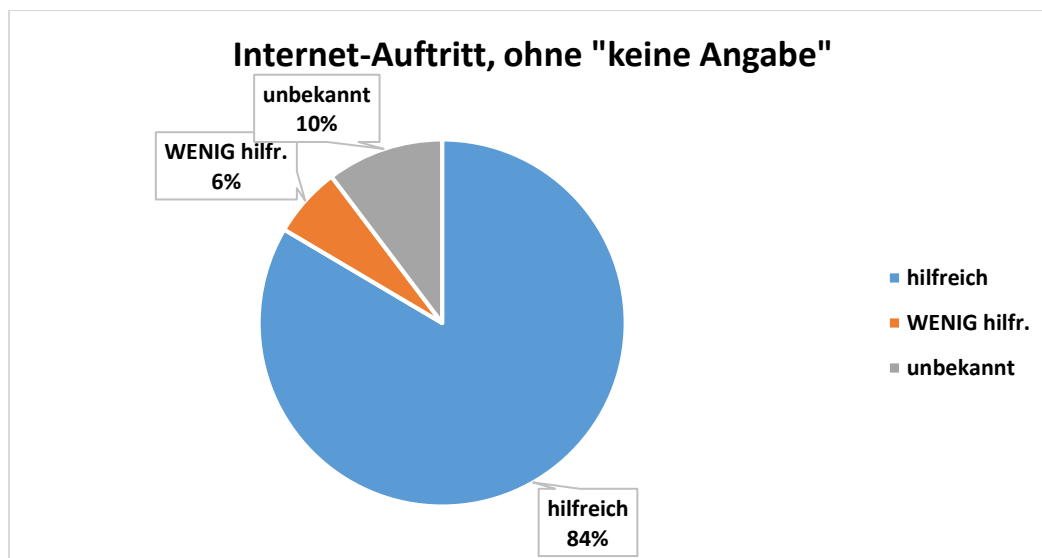
Bewertung: Das A-Info kommt offensichtlich gut an. Es gehört quasi zur „corporate identity“ der KOS und es gibt nur sehr wenig Kritik daran. Das A-Info ist offenbar auch fast allen Befragten bekannt. In Zukunft soll es bei passender Gelegenheit durch ein kürzeres und aktuelles „e-info“ ergänzt werden⁶, das nur als Mail versendet wird und dementsprechend auch keine zusätzlichen Kosten für die KOS verursacht.

4.2. Internet-Auftritt www.erwerbslos.de:

- hilfreich: 122 (50,0%);
- weniger hilfreich: 9 (3,7%);
- unbekannt: 15 (6,1%);
- keine Angabe: 98 (40,2%).

- Verbesserungsvorschläge:

- „zum Teil veraltet“ / „nicht aktuell“: 2.



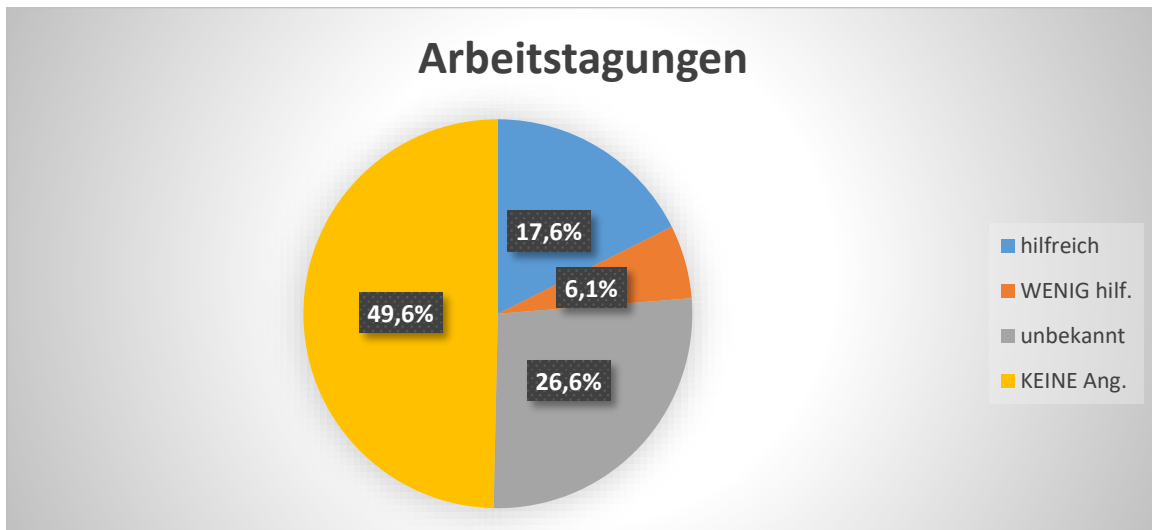
N= 146

⁶ Bisher ist das e-info nur insgesamt zweimal erschienen. Dies geschah nach Abschluss der zweiten Erhebungswelle im August 2019 und dann im Januar 2020, also innerhalb eines Zeitraums von etwa einem halben Jahr.

Bewertung: Die Bewertung des Internetauftritts der KOS ist offenbar eindeutig positiv, denn vergleichsweise sehr viele Befragte äußern sich so. Offenbar ist die Homepage der KOS darüber hinaus fast allen bekannt, die mit uns häufiger Kontakt haben. Außerdem verhält es sich so, dass wir auf unserer Homepage aktuell zu Beginn des Jahres mit einer Aktualisierung verschiedener Materialien begonnen haben, die dort angeboten werden. In absehbarer Zeit soll zudem der Internetauftritt mit Hilfe einer Fachperson transparenter und übersichtlicher gestaltet werden. Inzwischen veraltete oder kaum noch genutzte Ordner sollen gelöscht bzw. zusammengelegt werden.

4.3. Arbeitstagungen der KOS:

- hilfreich: 43 (17,6%);
- weniger hilfreich: 15 (6,1%);
- unbekannt: 65 (26,6%);
- keine Angabe: 121 (49,6%).



- Verbesserungsvorschläge:

- „Zu weit weg“: 2;
- „Zu viele Vorträge! Zu wenig Zeit für Arbeitsgruppen!“: 1;
- „wird nicht wahrgenommen“: 1;
- „sie könnten noch aktionsorientierter sein“: 1;
- „Wir sind keine Flüchtlingshelfer, hat auf der Tagung nichts zu suchen“: 1;
- „War von der Arbeitstagung "Bewegung im Hartz4-System" sehr enttäuscht. Das Thema ging total unter. Das Debattenpapier des DGB wurde uns vorgetragen, aber es wurde nicht dagegen vorgegangen. Ich finde das Papier menschenverachtend. Hartz4 muss weg. Stattdessen sollten wir gegen Kinderarmut auf die Straße gehen. Armut muss insgesamt bekämpft werden. Ich würde nicht gegen Kinderarmut auf die

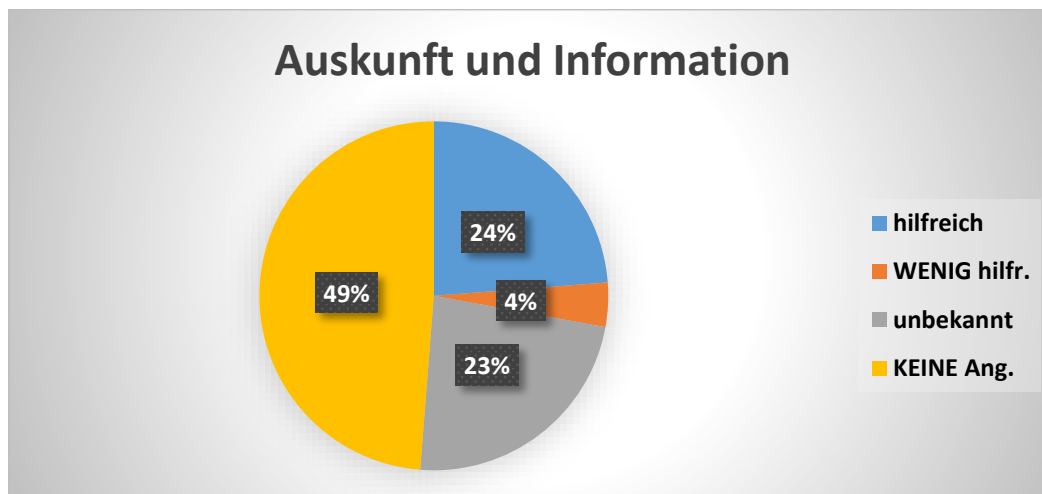
Straße gehen, denn hinter Kinderarmut stehen arme Eltern. Es waren zu viele Vorträge, die vom eigentlichen Thema ablenkten, dass nämlich Hartz4 weg muss. Dass es Kinderarmut gibt, weiß jeder.“: 1.

Bewertung: Aufgrund der Rahmenbedingungen der Arbeitstagung, insbesondere auch des Raumangebots und der Finanzierbarkeit, muss die KOS die Zahl der Teilnehmenden begrenzen. Das ist sicherlich der wesentliche Grund dafür, dass die Arbeitstagungen einem Viertel der Befragten unbekannt sind und dass weitere 52% dazu keine Angaben machen.

Von dem Viertel der Befragten, die die Tagungen kennen, äußern sich immerhin ein Viertel kritisch. Das sollte sicher ein Anlass sein, um weiter über Inhalte und Abläufe der jährlichen Arbeitstagung nachzudenken. Die konkret geäußerte Kritik macht es jedoch nicht einfach, hier zu für alle befriedigenden Lösungen zu kommen, beispielsweise einen Tagungsort zu finden, der für alle gleichermaßen gut zu erreichen ist.

4.4. KOS als Informations- und Auskunftsstelle:

- hilfreich: 58 (23,8%);
- weniger hilfreich: 10 (4,1%);
- unbekannt: 57 (23,4 %);
- keine Angabe: 119 (48,8%).



- Verbesserungsvorschläge:

- „Info spitze, Auskunft entfällt“.

Bewertung: Die KOS steht allen Aktiven aus der örtlichen Erwerbslosenarbeit als Ansprechpartner für inhaltliche und methodische Fragen zur Verfügung. Wir beraten und begleiten in diesem Rahmen die Aktiven bei der Umsetzung örtlicher Aktivitäten. Die KOS ist jedoch

keine Einrichtung mit dem Angebot einer allgemeinen Sozialberatung, die für alle Ratsuchenden vor Ort unmittelbar zugänglich ist.

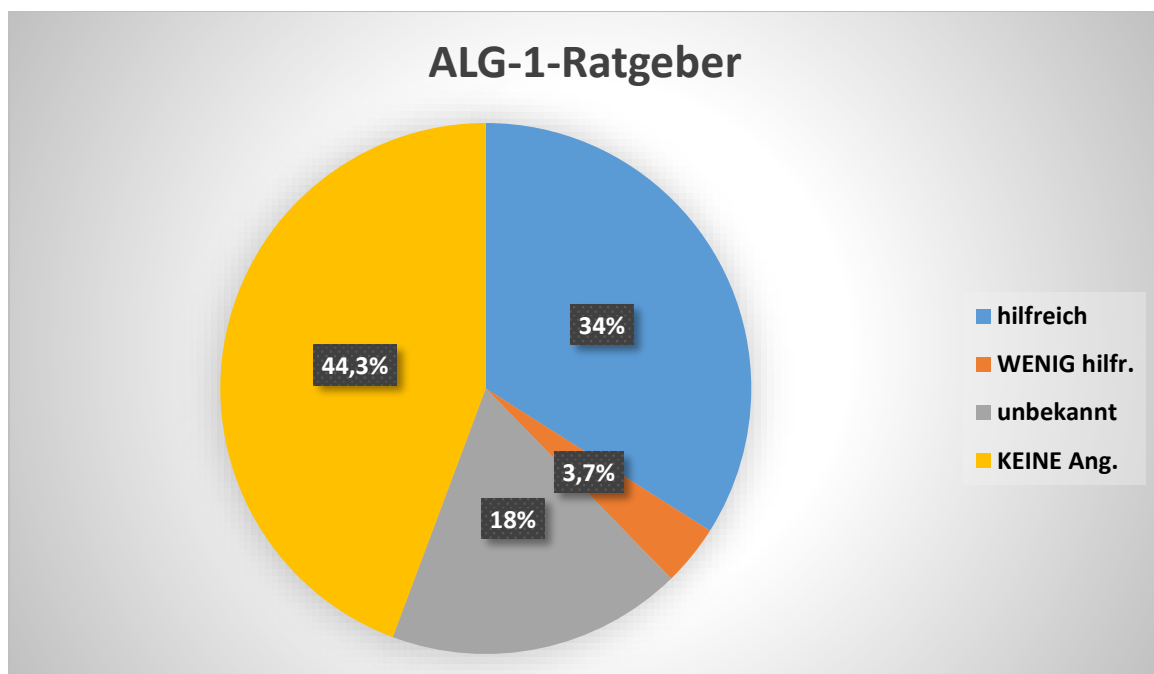
Vor diesem Hintergrund betrachtet, ist der Anteil positiver Rückmeldungen hoch und spricht u. a. für die Fachkompetenz der bei der KOS Beschäftigten, die offenbar immer wieder hilfreiche Ideen und Anregungen an die Aktiven vor Ort weitergeben können, wenn man sie fragt.

4.5. ALG-1-Ratgeber:

- hilfreich: 83 (34,0%);
- weniger hilfreich: 9 (3,7%);
- unbekannt: 44 (18,0%);
- keine Angabe: 108 (44,3%).

- Verbesserungsvorschläge:

- „Sollte gratis sein“ bzw. „sollte für Mitglieder gratis sein“: 2;
- „letzter Bezug 2016“ (d. h. vermutlich fehlende Aktualität): 1;
- „da zu wenig Betroffene kein Schwerpunkt“: 1.



Bewertung: Auffällig ist wiederum der hohe Anteil derer, denen der Ratgeber der KOS zum Arbeitslosengeld unbekannt ist – das ist jede/-r sechste Befragte. Auch der Anteil derer, die dazu keine Angabe machen können oder wollen, ist hoch, es ist fast die Hälfte der Befragten.

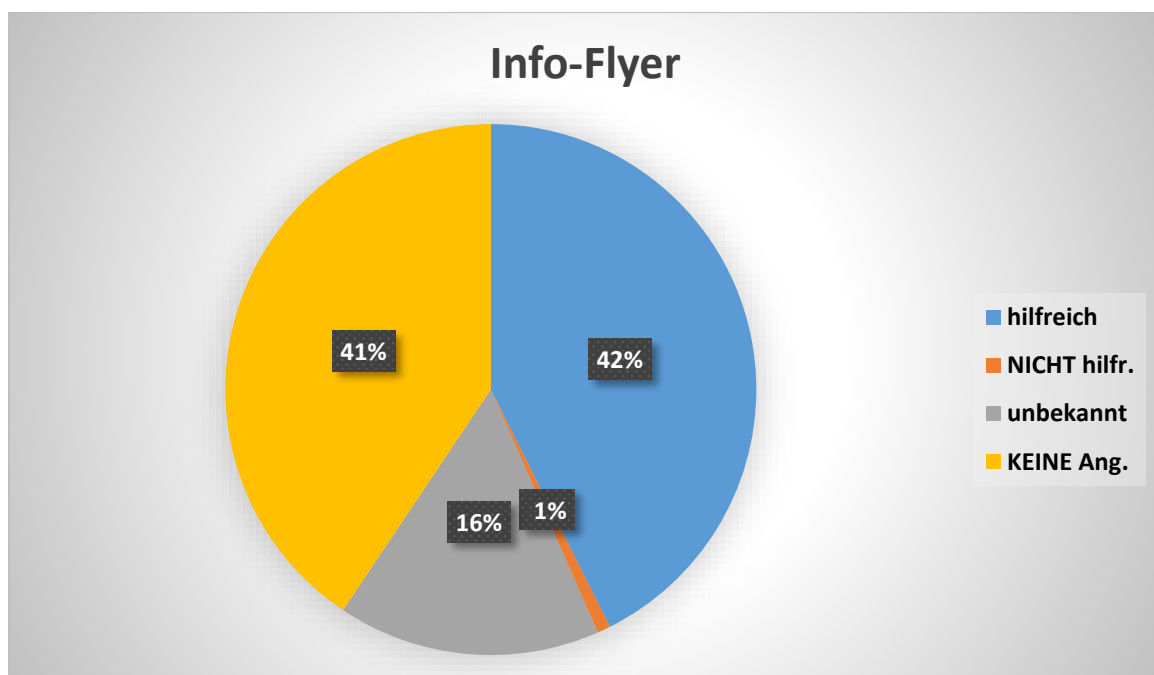
Vor kurzem ist eine grundlegende Überarbeitung des Ratgebers erschienen. Dies hat bereits zu einem Anstieg der Verkaufszahlen für den Ratgeber geführt. Es wäre zu überlegen, ob wir die gerade abgeschlossene Überarbeitung des Ratgebers nicht zum Anlass für weitere Werbemaßnahmen nehmen sollten, beispielsweise im A-Info.

4.6. Info-Flyer:

- hilfreich: 104 (42,6%);
- weniger hilfreich: 2 (0,8%);
- unbekannt: 39 (16,0%);
- keine Angabe: 99 (40,6%).

- Verbesserungsvorschläge:

- „teilweise nicht aktuell“ und „müssten schneller aktualisiert werden“: 2;
- „sollten gratis sein“: 1;
- „für Mitglieder gratis“: 1;
- „Widerspruchstexte und Briefe“: 1;
- „zu ausführlich, allgemein, kompliziert“: 1.



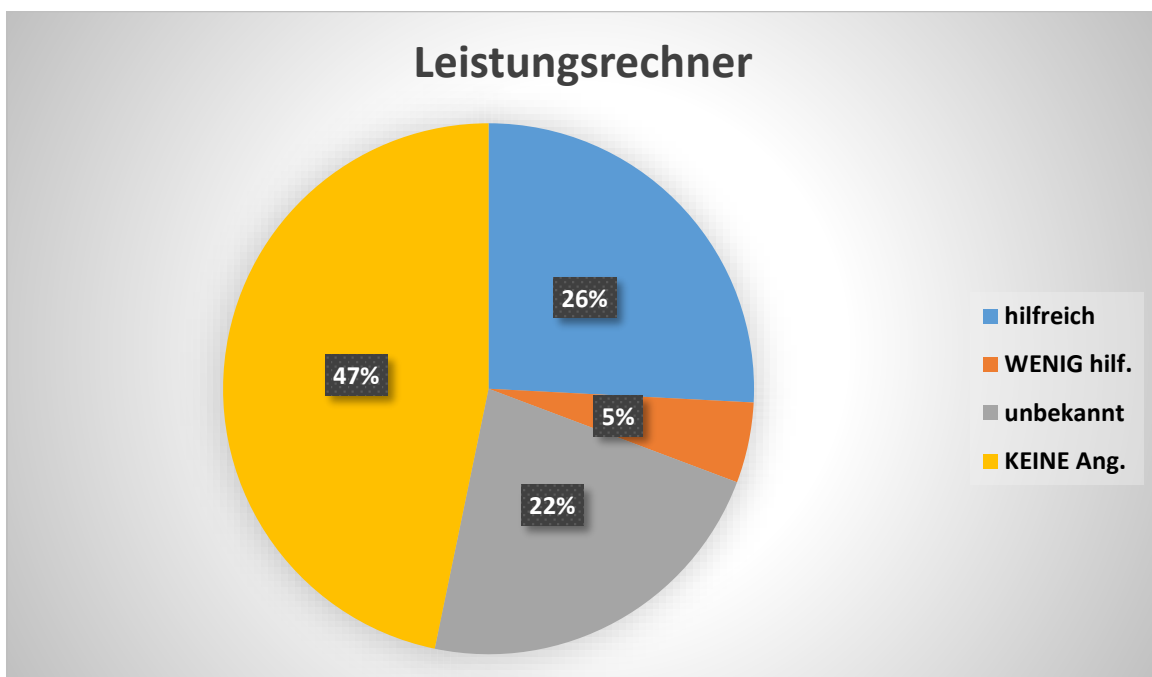
Bewertung: Die Info-Flyer werden offenbar ganz überwiegend als hilfreich angesehen. Auch, dass sie „gratis“ bzw. „für Mitglieder gratis“ sein sollten, wie zwei Befragte anmerken, kann man als ein Zeichen der Wertschätzung verstehen. Auffällig ist ferner, dass viele Befragte die Info-Flyer nicht kennen. Es kann vermutet werden, dass auch die recht hohe Zahl der Fragebögen, die dazu keine Angabe enthalten, damit zusammenhängen.

4.7. Leistungsrechner:

- hilfreich: 63 (25,8%);
- weniger hilfreich: 12 (4,9%);
- unbekannt: 55 (22,5%);
- keine Angabe: 114 (46,7%).

- Verbesserungsvorschläge:

- „etwas günstiger machen, z. B. 15 €“: 1;
- „Ich weiß immer noch nicht, wie er unter Linux zu nutzen ist“: 1;
- „Zu viele Eingaben, meiner ist für mich besser, schneller“: 1.



Bewertung: Auffällig ist die hohe Zahl derer, die zum Leistungsrechner keine Angaben machen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass ein Teil der Befragten ihn nicht kennt. Andere kennen ihn vielleicht, nutzen ihn aber nicht. Das gilt besonders für die 42 Initiativen, die keine Beratung anbieten – von diesen machen 33 (d. h. etwa Vierfünftel der Initiativen ohne Beratungsangebot) keine Angaben zum Leistungsrechner.

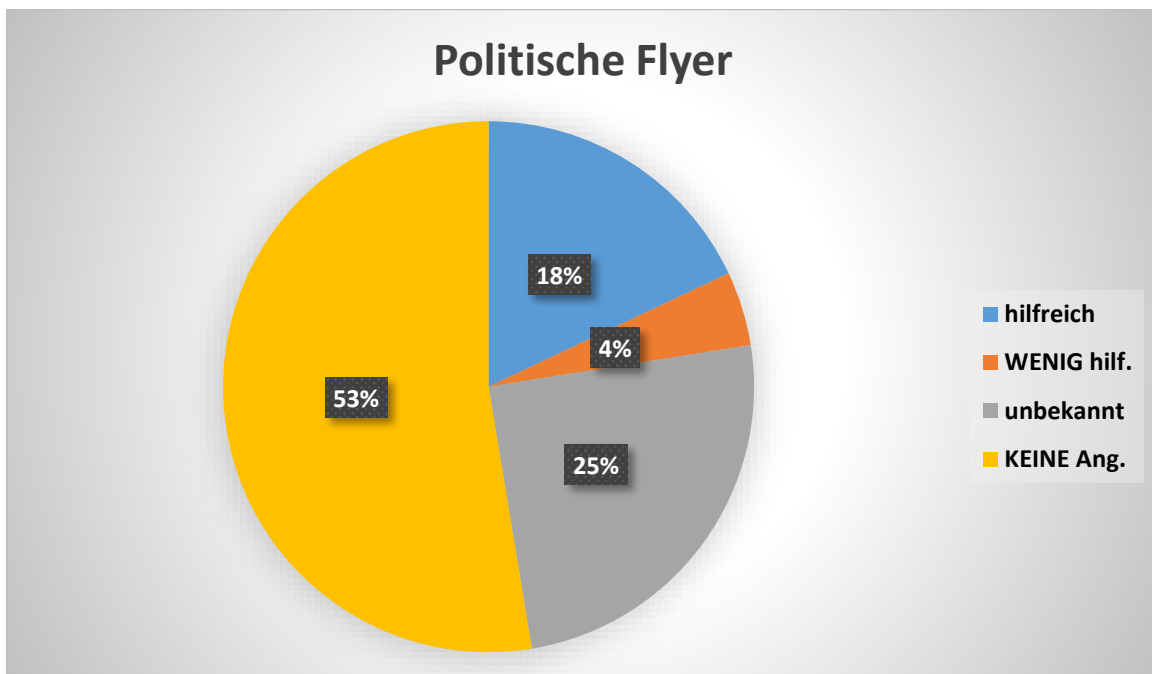
Nimmt man diese Zahl der nicht in der Beratung aktiven Befragten heraus, so ergibt sich, dass die Zahl derer, die den Leistungsrechner nicht kennen oder dazu keine Angaben machen wollen, auf 52% schrumpft (kumulierte Zahl). Möglicherweise könnte eine gezielte Werbekampagne oder ein Erklärfilm auf der Homepage die Bekanntheit des Rechners bei den Beratungseinrichtungen hier aber noch weiter steigern.

4.8. Politische Flyerblätter:

- hilfreich: 44 (18,3%);
- weniger hilfreich: 11 (4,5%);
- unbekannt: 61 (25,0%);
- keine Angabe: 128 (52,4 %).

- Verbesserungsvorschläge:

- „weniger Text“: 1;
- „Lohnsubventionen; Maßnahmen und Träger überprüfen“: 1;
- „wenig sinnvoll, da auch hier nur Ignoranten“: 1.



Bewertung: Auch hier ist festzustellen, dass viele der Befragten die politischen Flyerblätter der KOS nicht kennen. Der Autor vermutet, dass die hohe Zahl der Fragebögen, die dazu keine Angabe enthalten, ebenfalls damit zusammenhängt.

Die dazugehörigen qualitativen Aussagen bieten wenig Ansatz für konkrete Verbesserungen.

4.9. Was könnten wir Euch darüber hinaus in Zukunft anbieten?

- „Liste mit Namen von Referenten, die zu bestimmten Themen erklärend zur Seite stehen könnten“: 1;
- „zeitnahe Kommentierung, Interpretation der NEWS in Bezug auf SGB II-Themen“: 1;

- „Aufbau einer Datenbank, über die Gerichtsurteile im SGB I und II-Bereich heruntergeladen werden können, Mustertexte zu Widerspruchsverfahren“: 1;
- „Mehr Information zum Diebstahl am ALG1“: 1;
- „Mehr zu alleinerziehenden Frauen und ihren Kindern“:1;
- „Infos und Material speziell für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Wohnungslosigkeit, Joblos, Ausbildungslos, (Zwangs-) Maßnahmen etc.“: 1;
- „Arbeitsrecht wird bei uns immer wichtiger“: 1;
- „Lasst euch mal in den einzelnen Landesbezirken von ver.di blicken“: 1;
- „Schulungen dezentral auch mal im Süden Deutschlands, da so weite Anreise“: 1;
- „Einsatz für kostenfreie Gewerkschaften“: 1;
- „Mehr literarische Texte im A-Info“: 1;
- „Mehr Literatur, Kultur und Kunst in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit“: 1;
- „Leider haben wir keine Übereinstimmung in unseren Grundforderungen (Hartz4-Regelsatz für Alleinstehende mindestens 600 Euro; - mindestens 12 Euro Mindestlohn; - mindestens 1050 Euro Mindestrente netto, - steuerliches Existenzminimum 15000 Euro)“: 1;
- „Eine Tagung ebenfalls mit dem Titel ‚Bewegung im Hartz4-System‘, o.ä., z. B. ‚Wie können wir Hartz4 und Armut überwinden und dadurch den sozialen Frieden sichern?‘ Mehr Aufklärung, warum das System Hartz IV funktioniert. Die Ursache muss bekämpft werden, damit der soziale Frieden nicht weiter gefährdet wird. Die verschiedenen Arten von Grundeinkommen klären: Solidarisches versus bedingungsloses Grundeinkommen, jedenfalls bedarfsgerecht, und in welcher Höhe“: 1;
- „uns reicht es“: 1;
- „Einladung zur Arbeitstagung“: 1.

Bewertung: Aus der breit gefächerten Palette der Antworten lässt sich keine eindeutige Anregung ableiten. Einzelne Anregungen könnten aber sicher aufgenommen werden, beispielsweise die nach einer thematisch geordneten Liste geeigneter Referent*innen. Auch über Info-Flugblätter für einzelne Betroffenenengruppen wie z. B. Alleinerziehende oder junge Erwachsene sollten wir nachdenken, da solche Flyer nach Auskunft der Erwerbslosenberatungsstellen von ver.di in Berlin und Brandenburg bei Betroffenen oft nachgefragt werden.

5. Abschließendes Fazit der gesamten Befragung

5.1. Was die Auswertung der Befragung anbelangt, so hat sich gezeigt, dass wir vorab bezüglich der Konzeption des Fragebogens und bei der Eingabe der Daten noch stärker über deren Operationalisierbarkeit aus sozialwissenschaftlicher Sicht hätten nachdenken sollen. Das hätte die Auswertung beschleunigen können.

5.2. In Hinblick auf die Aktualisierung der Datenbank war die Befragung ein großer Erfolg. Die Versendung der Fragebögen, die eingegangenen Antworten und die in einigen Fällen durch die Unzustellbarkeit des Fragebogens angeregte Internetrecherche über den Verbleib des Kooperationspartners bzw. über dessen aktuelle Kontaktdaten haben einiges bewirkt. 157 Einträge in der Adressdatenbank konnten wir aufgrund der Erhebung ändern und aktualisieren. Bisher 19 vorher nicht bekannte Adressen konnten wir bis zum 10.3.2020 neu in die Datenbank aufnehmen und es gibt weitere nun bekannte und von uns angeschriebene Gruppen, die noch nicht geantwortet haben. Insgesamt 76 Einträge (10,2% der Ausgangseinträge) konnten wir als nicht mehr existent bzw. inzwischen nicht mehr für unsere Arbeit relevant identifizieren.

Die KOS plant vor diesem Hintergrund nunmehr eine regelmäßigen Abfrage der Kontaktdaten in unserer Datenbank und im Adressverzeichnis auf unserer Homepage in einem Rhythmus von etwa drei Jahren.

5.3. Was die regionale Verteilung der Befragten anbelangt, so sind hier insbesondere Nordrhein-Westfalen und die Stadtstaaten Hamburg und Bremen überrepräsentiert. Die Ergebnisse für die ostdeutschen Länder bewegen sich dagegen ziemlich im Rahmen des arithmetischen Mittels bzw. Mittelwerts. Befragte aus den süddeutschen Bundesländern sind dagegen klar unterrepräsentiert.

Neben objektiven Gründen wie der Höhe der Arbeitslosigkeit und der regionalen Armutsquote haben hier offensichtlich auch andere Gründe eine Bedeutung. Auch die Entstehungsgeschichte der KOS, die 1986 von erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern in Lage-Hörste (NRW) gegründet worden ist, könnte hier z. B. eine Rolle spielen.

5.4. Die Träger der verschiedenen befragten Gruppen und Beratungseinrichtungen kommen nicht nur aus dem gewerkschaftlichen Bereich, sondern beispielsweise auch aus den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und aus dem Bereich eigener Vereine mit gewerkschaftsnaher Haltung. Die verschiedenen Träger haben sehr unterschiedliche Organisationsformen. Außerdem haben sie auch durchaus unterschiedliche konkrete Probleme und Erwartungen. Gemeinsam sind ihnen dagegen die ganz überwiegende Ausrichtung auf das Thema Erwerbslosigkeit und eine prinzipiell solidarische Grundhaltung gegenüber den von Erwerbslosigkeit und Armut betroffenen Personen. Dies kann trotzdem sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Art des Problems Erwerbslosigkeit und die zu seiner Lösung geeigneten Schritte beinhalten. Anders ausgedrückt: Eine gemeinsame Problemsicht und ein gemeinsames politisches Lobbying bzw. gemeinsame politische Aktivitäten müssen immer wieder kommuniziert und aktiv hergestellt werden, um politisch handlungsfähig zu sein.

5.5. Wenig überraschend ist, dass die große Masse der befragten Arbeitslosengruppen und Beratungseinrichtungen einen Schwerpunkt auf das Thema Erwerbslosigkeit setzt. Daneben

ist vor allem das Thema prekäre Beschäftigung / Arbeitsrecht bedeutsam, was sicher auch spiegelt, dass die Lage vieler einkommensarmer Menschen nicht nur von der Erwerbslosigkeit bestimmt wird, sondern auch von Formen prekärer Arbeit. Oft findet sogar immer wieder ein schneller Wechsel zwischen beiden Sphären statt, was neue Übergangsprobleme schafft. Andere Schwerpunkte der befragten Initiativen sind dagegen weit gefächert. Neben Mietrecht und Beratung zu anderen Sozialleistungen betrifft dies beispielsweise Hilfe bei Berufsplanung und Ausbildung, Beschäftigungsprojekte und psycho-soziale Hilfen.

Bei den Arbeitsformen herrschen Beratung und Begleitung ins Amt vor (letzteres vermutlich besonders in die Agentur für Arbeit und ins Jobcenter). Auch hier gibt es allerdings ein weit gefächertes Spektrum weiterer Aktivitäten, im Spannungsbogen zwischen politischer Aufklärung und Aktion einerseits und von Freizeitaktivitäten andererseits.

Das alles unterstreicht nochmals die Bedeutung der Aufgabe, unter den beteiligten Gruppen und Einrichtungen Gemeinsamkeiten über alles Trennende hinweg zu finden und darüber eine Handlungsfähigkeit besonders in punkto gemeinsamer Forderungen und gemeinsamer Aktionen herzustellen.

5.6. Was die Produkte der KOS anbelangt, so ist ein eindeutiges Ergebnis der Befragung, dass diese, wie z. B. der Ratgeber zum Arbeitslosengeld bzw. ALG-1, die Informationsflugblätter, die politischen Flugblätter und der Leistungsrechner vielen Mitgliedern und Kooperationspartnern offenbar gar nicht oder nicht ausreichend bekannt sind. Es würde sich anbieten, für die genannten Produkte stärker zu werben, beispielsweise durch Rundmails und / oder gezielte Werbepakete mit einem A-Info, einigen Flugblättern und dem Bestellzettel an geeignete Gruppen (z. B. alle Neuaufnahmen als Mitglieder oder als Kooperationspartner aus den letzten fünf Jahren). Für den ALG-1-Leitfaden und den Leistungsrechner wären auch als Anzeige gestaltete Informationen im A-Info oder z. B. bei gewerkschaftlichen Zeitschriften denkbar.

Ansonsten scheint die Zufriedenheit mit der Arbeit der KOS recht hoch zu sein. Das sollte uns aber nicht daran hindern, einzelne Anregungen aus den Interviews aufzugreifen. Ein weiterer Ansatz für adressatenorientierte Verbesserungen könnten Tiefeninterviews zu den verschiedenen Arbeitsbereichen bzw. Produkten mit 4 – 5 Anwender*innen sein, die die Breite der Adressaten angemessen widerspiegeln.